

# Strategien und Einflussphären der Neuen Rechten

von Wolfgang Gessenharter

*erscheint in:*

*Gomolla, Mechtild/Menk, Marlene/Kollender, Ellen (Hrsg.) (2017): Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland - Figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa <sup>1</sup>*

Seit vielen Jahren geistert ein Begriff durch politische Beiträge und Diskussionen, der offenbar Anlass zu Missverständnissen gab und gibt, der aber jetzt wieder im Zusammenhang mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und dem Verein "Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida) genannt wird: Neue Rechte.

Was ist diese Neue Rechte? Wie lässt sie sich analysieren? Überlegungen dazu im 1. Kapitel. Im 2. Kapitel wird ein kursorischer Überblick über Strategien und Einflussbereiche der Neuen Rechten gegeben. Im 3. Kapitel wird versucht, AfD, Pegida und Neue Rechte im Zusammenhang zu sehen.

## 1. Die Neue Rechte: Strukturen und Ideologie in Grundzügen

Was ist die Neue Rechte? Der Begriff "Neue Rechte" kommt spätestens Anfang der 70er Jahre als Selbstbezeichnung einer Gruppe von Studierenden oder studierter junger Männer auf, die sich bewusst von einer alten Rechten, verkörpert vor allem in der NPD und bestehend aus eher alten Männern bis hin zu alten Nazis, absetzen wollen. Große Einigkeit herrscht allerdings unter den jungen Leuten schon von Anbeginn nicht. Das drückt sich bereits in einer Vielfalt von Eigenbezeichnungen aus: Neue Rechte, Junge Konservative, nationale Konservative, Junge Rechte, um nur einige zu nennen. Was sie aber wollen, ist den meisten von ihnen - abstrakt - durchaus gemeinsam: Sie wollen rechter Politik mehr politische Durchschlagskraft verschaffen, gleichsam als eine Avantgarde. Über konkretere Ziele und über geeignete Strategien allerdings herrscht schon viel weniger Einigkeit. Wenn ich im Folgenden auf die "Neue Rechte" eingehe, nehme ich eine in den Sozialwissenschaften seit mehr als zwanzig Jahren bekannte bewegungstheoretische Sichtweise auf. (vgl. Gessenharter/Fröchling (Hrsg.) 1998) Danach lässt sich das rechte Lager, verstanden als das Gesamt von rechten Parteien, Organisationen, Denkrichtungen usw., auch als eine rechte Bewegung verstehen. Jede Bewegung benötigt, um wirksam sein zu können, jemanden, der für sie Ziele und Strategien ausarbeitet, so genannte Bewegungseliten oder Bewegungsunternehmer. Menschen, die diese Ziele dann in einschlägige Aktivitäten umsetzen, werden Basisaktivisten genannt: Diese schließen sich zumeist in Organisationen oder - im politischen Bereich - in Parteien zusammen. Für die deutsche rechte Bewegung zeigt sich, dass die Bewegungseliten sich selten mit den Basisaktivisten vereinen, sie sind auf eine gewisse Eigenständigkeit bedacht. Neben den Basisaktivisten gibt es als dritte Strukturebene die so genannten Unterstützer. Hierzu kann man die verschiedenen Personenzusammenschlüsse zählen, etwa Kameradschaften, autonome Gruppen, die zwar die grundlegenden Ziele der Bewegung teilen, aber auch eigene Aktivitäten betreiben und nicht in größere Netzwerke eingebunden sein wollen. Als vierte und letzte Ebene einer Bewegung kann man jene Menschen sehen, die - eher am Rand - die Aktivitäten der Bewegung

<sup>1</sup> Manuskript abgeschlossen im Mai 2016

gutheißen, Beifall klatschen oder eben auch rechte Parteien wählen: Sie sind die Sympathisanten. Am Zusammenspiel dieser vier Ebenen entscheidet sich auch Erfolg oder Misserfolg einer Bewegung. Im Folgenden liegt unser Augenmerk auf der Bewegungselite.

Jede Bewegung benötigt neben diesen soeben genannten vier strukturellen Elementen eine Zielrichtung, eine inhaltliche Basis, einen ideologischen Rahmen. Die Neue Rechte hatte von Anfang an das Bestreben, nicht in die Verbotszone zu gelangen, die durch das Verbot der Sozialistischen Reichspartei im Jahre 1952 durch das Bundesverfassungsgericht markiert worden war. Andererseits wollte sie soweit als möglich für konservativ und national gesonnene Menschen attraktiv sein. Diese Stellung der Neuen Rechten zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus ist als Scharnier- oder Brückenfunktion bezeichnet worden. Wenn hier soeben von Rechtsextremismus gesprochen wurde, dann sind damit Gesinnungen und Bestrebungen gemeint, die erkennbar den demokratischen Verfassungsstaat und seine grundlegenden Werte aktiv bekämpfen und beseitigen wollen. Hiergegen kann sich die streitbare Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik besteht, bis hin zu einem Verbot zur Wehr setzen. Die Neue Rechte hat diese Trennungslinie im Laufe ihrer Geschichte peinlich zu vermeiden gesucht. Dafür hat sie umso markanter verbale Kritik an den Grundnormen der Verfassung geübt. Eine solche Kritik, so hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil (1BvR1072/01 vom 24.5.2005) festgestellt, ist zulässig: "Denn die Meinungs- und Pressefreiheit lässt auch eine kritische Auseinandersetzung mit Verfassungsgrundsätzen zu." Gibt es nun so etwas wie einen ideologischen Grundstock, der bei allen Unterschieden im Detail die neurechte Kritik charakterisiert?

In meinen langjährigen Beobachtungen und Analysen neurechter Argumentation (vgl. Gessenharter 2010) komme ich zu folgendem Ergebnis: Die neurechte Kritik ist nicht an irgendwelchen Nebensächlichkeiten orientiert, sondern zielt auf das Herz des bundesrepublikanischen Verfassungsverständnisses. Das bedarf einer eingehenderen Betrachtung. Das Herzstück des Grundgesetzes ist bekanntlich Art.1: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Mit dieser Formulierung nimmt das Grundgesetz in einer zentralen Frage eindeutig Stellung. Die Frage lautet: Wer hat die Priorität, den Vorrang in einem stets prekären Verhältnis, nämlich dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv? Wir haben es hier mit einem typischen Henne-Ei-Problem zu tun: In allen Gesellschaften, die wir kennen, d.h. von denen wir in irgendeiner Weise differenziert Kenntnisse haben, spielt die Spannung zwischen den einzelnen Individuen und dem sie bildenden Kollektiv eine große, manchmal zentrale Rolle. Und wir wissen, dass in der Geschichte der Menschheit in den meisten Fällen dem Kollektiv der Vorrang vor dem Individuum eingeräumt wurde. Gerade in Alleinherrschaften galt und gilt der Despot nicht als Individuum wie jeder einzelne seiner Untertanen, sondern üblicherweise als die Verkörperung der Gesamtheit, z.B. des Staates: "L'état c'est moi!" (Der Staat bin ich.) Demgegenüber ist die Vorrangstellung des Individuums im Laufe der Geschichte eher marginal, erobert jedoch mit der Renaissance (und deren Rückgriff auf die griechische Philosophie und Weltanschauung) sowie der europäischen Aufklärung, zugespitzt in der Trias der Französischen Revolution ("Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit") und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte im Jahre 1948 große Teile der Welt. Diese Vorrang-Frage also abschließend empirisch beantworten zu wollen, ist unsinnig. Sie muss aber normativ beantwortet werden, weil sie von in der Tat *grundlegender* Bedeutung für jede menschliche Gemeinschaft ist. Und das Grundgesetz beantwortet diese Frage ganz eindeutig: Das Individuum steht im Art.1 ganz im Mittelpunkt; dem Kollektiv, hier dem Staat, hingegen kommt dienende Funktion zu. Es sei hier angemerkt, dass das Grundgesetz keinen schrankenlosen Individualismus im Sinn hat, sondern, wie Konrad Hesse (1999, S. 55) es formuliert hat, den Menschen als "Person" versteht: "von unverfügbarem Eigenwert, zu freier

Entfaltung bestimmt, zugleich aber auch Glied von Gemeinschaften." Es ist unschwer zu erkennen, dass die Entscheidung der Mütter und Väter des Grundgesetzes für diesen Art.1 GG die klare Kehrtwende zu der Naziherrschaft und ihrer Weltanschauung "Du bist nichts, dein Volk ist alles" sein sollte.

Die Neue Rechte polemisiert nun nicht direkt gegen diesen zentralen Artikel 1 des Grundgesetzes, etwa gar in der Art, dass sie dessen Änderung oder gar Abschaffung fordert, sondern sie geht eher indirekt vor. Dennoch ist unschwer erkennbar, dass ihre Weltanschauung nicht das Individuum im Zentrum hat, sondern das Kollektiv. (vgl. zum folgenden Gessenharter 1994) Ziemlich unverhohlen knüpft nämlich die Neue Rechte an Denkrichtungen an, die schon im Kampf gegen die Weimarer Republik eine unübersehbare Rolle spielten - oft wird sie, so auch von dem bekannten Neurechten Armin Mohler, "Konservative Revolution" genannt - und in denen eine Person besonders hervortrat, der Staatslehrer Carl Schmitt (1888-1985). Er war bereits vor der Nazizeit sehr bekannt, beriet unter anderem den 1932 als Reichskanzler amtierenden Franz von Papen und stellte sich nach der Machtübertragung an die Nazis schnell positiv auf die neue Situation ein. Den Röhmputsch mit der Ermordung von mindestens neunzig Männern u.a. aus der Führungsebene der SA versuchte Schmitt in seinem berühmten Aufsatz "Der Führer schützt das Recht" (1934) zu rechtfertigen. Anfangs der Nazi-Ära noch von Hitler und seinem Gefolge wohlgekommen - so wurde ihm der ehrenvolle Titel "Preußischer Staatsrat" offiziell verliehen, auf den er zeit seines Lebens stolz war - verlor er ab 1936 die Gunst von oben, blieb aber dennoch dem Nationalsozialismus treu. Später, nach 1945, hat er gelegentlich von einer inneren Emigration in dieser Zeit gesprochen. In der Bundesrepublik zog er sich schmollend in sein Haus in seiner Heimatstadt Plettenberg im Sauerland zurück - dieses Haus nannte er San Casciano nach dem Verbannungsort von Machiavelli -, nachdem ihm die Wiederaufnahme seiner früheren universitären Lehrstuhlätigkeit untersagt worden war. Indes wurde San Casciano bis zu seinem Ableben geradezu ein Wallfahrtsort für viele Persönlichkeiten nicht nur aus der konservativen Ecke, sondern er wurde auch mit zwei großen Festschriften zu seinem siebzigsten und achtzigsten Geburtstag geehrt, zu denen viele Gelehrte von Rang in der damaligen Bundesrepublik beitrugen.

Am Beispiel Carl Schmitt lässt sich besonders gut herausarbeiten, wie sich die Grundgedanken jener Position darstellen, zu der der Art.1 GG die Gegenposition bilden sollte. Carl Schmitts Werk eignet sich insofern auch bestens, weil er in der Neuen Rechten seit jeher eine ganz besonders zentrale Rolle einnimmt. Dies gilt insbesondere für jene Richtung der Neuen Rechten, für die die 1986 gegründete, seit 1994 bis heute als Wochenzeitung erscheinende "Junge Freiheit" eine einflussreiche Rolle spielt. Es ist eine korrekte Selbsteinschätzung, wenn man sich im Umkreis der "Jungen Freiheit" einen "verbreiteten 'Schmittismus'" attestiert (Institut für Staatspolitik 2003, S. 17). Und einige Jahre früher konnte man in der "Jungen Freiheit" (Oktober 1992, S. 17) lesen: "Wer mit dem Grundgesetz unter dem Kopfkissen schläft, braucht Carl Schmitt nicht. Wer jedoch erkannt hat, dass die Verfassung das Gefängnis ist, in dem die res publica der Deutschen - gerade auch nach der kleinen Wiedervereinigung - gefangen gehalten wird, greift gerade jetzt zu seinen Werken." Und erst in jüngster Zeit ist wieder auf Carl Schmitt als einen der großen Kritiker der "doktrinären Vorstellung von Menschenrechten als letzter Legitimationsbasis von Politik" zustimmend in der "Jungen Freiheit" verwiesen worden (vgl. Weißmann 2016)

Das Denken Schmitts geht von der Priorität des Kollektivs zu Lasten des Individuums aus. So schreibt er 1936 in einem Handbuchartikel unter dem Stichwort "Politik": "Politisch ist alles, was die Lebensfragen eines Volkes als eines einheitlichen Ganzen betrifft." Dies ist die logische Konsequenz aus seiner berühmten Politikbestimmung: "Die spezifisch politische

Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind." Dabei handelt es sich nicht um Interessengegensätze, sondern immer um existentielle Gegensätze, also letztlich um Leben oder Tod sich gegenüber stehender Kollektive. Sollte ein Volk versuchen, sich diesem Kampf zu entwinden, so "verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk" (Schmitt 1932/1963, S. 54). Um in diesen Kämpfen zu bestehen, bedarf es einer kämpfenden Einheit, die in sich stabil ist. Schmitt verwendet hier den Begriff "Homogenität": "Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens - nötigenfalls die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen[...] Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß." (Schmitt, Carl 1923/1969, S. 13f) Eine solche Homogenität muss also im Zweifelsfall von den Bürger\_innen erzwungen werden. Ihnen gewährt der Staat dafür dann Sicherheit und Schutz. Hierin sieht Schmitt in Anlehnung an Thomas Hobbes (1588–1679), einen Staatslehrer des Absolutismus, den "ewigen Zusammenhang von Schutz und Gehorsam", der "durch die menschliche Natur wie durch göttliches Recht" gefordert sei (Schmitt 1932/1963, S. 53). Schmitt ist dieser Gedanke so wichtig, dass er ihn parallel setzt zur berühmten Formel des Descartes: "Das *protego ergo obligo* ist das *cogito ergo sum* des Staates." (Ich schütze, also verpflichte ich; ich denke, also bin ich) Zwei sinnvoll nicht mehr hinterfragbare Sätze für Carl Schmitt! Logisch korrekt folgt aus diesen Überlegungen, dass jedes Kollektiv, das überleben will, sich die Folgebereitschaft seiner Mitglieder notfalls mit Zwang sichern muss - autoritäre Befriedung. Insofern verwundert auch nicht, dass Schmitt Demokratie nur im Zusammenhang mit Gleichheit, nicht jedoch mit Freiheit verbunden sieht. Das bedeutet wiederum, dass im Inneren eines Staats prinzipiell kein Pluralismus zugelassen werden kann. Pluralismus ist für ihn hingegen der Grundtatbestand der internationalen Welt. Denn gäbe es so etwas wie eine "Menschheit", gäbe es ja keine Politik mehr im Sinne der Freund-Feind-Unterscheidung. Und insofern folgert Carl Schmitt wiederum sehr folgerichtig: "Wer Menschheit sagt, will betrügen." (Schmitt 1932/1963, S. 55) „Betrug“ urteilt Schmitt, nicht „Irrtum“, denn der Betreffende müsste wissen, dass er Unsinniges redet. Und wenn es betrügerisch ist, von Menschheit zu reden, gilt dies natürlich auch für so etwas wie "Menschenrechte". Es gibt also nur die unterschiedlichen Rechte der pluralen Staaten.

Zusammenfassend lässt sich das politische Weltbild Carl Schmitts wie folgt knapp umreißen. Es ist damit die Vorlage für das Weltbild der Neuen Rechten, die ihrerseits nur noch wenige eigenständige Aspekte hinzugefügt hat (siehe unten Punkte 7-9):

1. Vorrang der Kollektive vor dem Individuum: Das jeweilige Kollektiv, Staat, Volk bzw. Nation, ist gegenüber dem Individuum vorrangig; mit dieser Rangfolge steht man allerdings im Gegensatz zu Art.1GG, der ja genau die umgekehrte Wertung beinhaltet.
2. Antipluralismus: Staat und Gesellschaft müssen „homogen“ sein; Minderheiten sind daher immer eine Gefahr für diese Kollektive. Also ist es auch gefährlich, ja absurd, diesen Minoritäten die Gleichheitsrechte nach Art.3 GG einzuräumen.
3. Antiparlamentarismus: Politik ist nicht das gemeinsame, wenngleich konfliktreiche Ringen um gemeinsame Ziele, sondern ist die Unterscheidung von Freund und Feind; Kompromisse sind gefährlich und schlecht.
4. Autoritarismus: Eine lebensfähige, d.h. homogene Gesellschaft kann letztlich nur durch einen autoritären Staat hergestellt und erhalten werden. Der liberale Staat, der das Individuum im Vordergrund sieht, geht an seiner eigenen Machtlosigkeit zugrunde.
5. Ethnopluralismus: Es gibt in der internationalen Welt nicht "die Menschheit", sondern eine Vielzahl von Kollektiven. "Die politische Welt ist ein Pluriversum, kein

Universum." (Schmitt 1932/1963, S. 54) Damit hält man auch die Vorstellung von allgemeinen Menschenrechten für eine gefährliche Ideologie.

6. Dogmatismus: Die Neue Rechte ist gegen Relativismus gerichtet, denn sie weiß selbst genau, was wahr ist. Sie ist intolerant gegenüber anderen Meinungen, die sie als Illusionen bzw. als bewusste Unwahrheiten darstellt.
7. Revisionismus und Antisemitismus: Erhaltung und Verteidigung der Würde des Kollektivs, z.B. des deutschen Volkes; daher der ständige Versuch der Relativierung der NS-Verbrechen durch Aufrechnen der Schuld anderer Staaten. Dazu gehört auch der Vorwurf an die Juden, die Deutschen wegen des Holocausts ständig unter Druck zu setzen. Neuerdings gerät die Islamfeindschaft in den Vordergrund: Der Islam vor allem stört die notwendige Homogenität des Volkes.
8. Zunehmend Absage an NS-Ideologie: Orientierung an den Ideen der Weimarer Konservativen Revolution, insbesondere Carl Schmitt. Die Bandbreite der Haltung zum Nationalsozialismus und Hitler ist dabei groß und reicht von bedingter Verehrung („wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte...“) bis zu eindeutiger Ablehnung (Hitler hat durch seine Radikalisierung die Ideen der Konservativen Revolution verraten).
9. Kulturelle Hegemonie vor politischer Hegemonie: Nach der Ansicht des italienischen marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci (1891-1937) muss jede politische Bewegung zuerst die prägenden Weltbilder und Vorstellungen in den Köpfen der Menschen ändern, bevor sie die politische Macht erringen kann. Im Interview mit der "Jungen Freiheit" (Nr.36/2001) sagt Karlheinz Weißmann, einer der führenden Köpfe der Neuen Rechten: "Uns geht es um geistigen Einfluß, nicht die intellektuelle Lufthoheit über Stammtischen, sondern über Hörsäle und Seminarräume interessiert uns, es geht um Einfluß auf die Köpfe, und wenn die Köpfe auf den Schultern von Macht- und Mandatsträgern sitzen, um so besser."

## **2. Strategien und Einflussphären der Neuen Rechten: wichtige Stationen im Überblick**

Wie schon erwähnt, tritt eine Neue Rechte spätestens Anfang der 70er Jahre in bewusstem Gegensatz zu einer alten Rechten in Erscheinung. Gleich zu Beginn zeigt sich, was sich bis heute fortsetzt: Diese jungen Männer sind keine verschworene, fest gefügte Kampfgemeinschaft, sondern eine lose Ansammlung, die in kleineren Gruppen - mit unterschiedlichen Namen und Strategievorstellungen, sich gegenseitig auch manchmal befehdend - versuchen, auf die politische Kultur, insbesondere auf den Konservativismus und rechts davon, Einfluss zu nehmen. Einigermaßen einig sind sie in ihrer Abwehrhaltung "Gegen 1789", also gegen die Französische Revolution und deren Trias "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", und "Gegen 1968", also gegen die Studentenbewegung für mehr Demokratisierung und Freiheit.

Anfangs ist der Erfolg dieser Neuen Rechten in ihrer Strategie der kulturellen Hegemonie eher begrenzt. Dies ändert sich zunehmend Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre, als sich dort immer stärker theoretische Diskussionen in den Vordergrund schieben, die sich vor allem an Denkern der Konservativen Revolution in der Weimarer Republik orientieren und von durchaus renommierten Verlagen und Persönlichkeiten unterstützt werden. Als besonders markantes Beispiel dafür kann die vom katholischen Herder-Verlag in Freiburg von 1974 bis 1988 in 75 Bänden publizierte Schriftenreihe "Herderbücherei INITIATIVE" gelten. Gerd-Klaus Kaltenbrunner, ein hochgebildeter philosophischer Kopf, gibt alle zwei Monate ein Heft dieser Reihe heraus, wobei er vielfältige Inhalte zusammenstellt, die die nach dem Machtverlust der Unionsparteien aus dem konservativen Lager geforderte Tendenzwende differenziert aufnehmen und weitertreiben. Für dieses Unternehmen stellt sich gerne alles zur

Verfügung, was Rang und Namen im konservativen Beritt hat. Inhaltlich ein wichtiger Anknüpfungspunkt ist wiederum die Gedankenwelt der Konservativen Revolution. Zwei Titel mögen dies exemplifizieren: Der Band 3 "Die Herausforderung der Konservativen – Absage an Illusionen" setzt sich mit dem vermeintlichen Illusionismus der 68er und generell der Linken auseinander. Der Band 34 "Illusionen der Brüderlichkeit. Die Notwendigkeit, Feinde zu haben" liegt ganz auf der Linie der dogmatischen Freund-Feind-Orientierung von Carl Schmitt. Von weiteren Seiten kommt Unterstützung rechter, insbesondere nationaler Gedanken heran. Fünfzehn mehr oder weniger bekannte deutsche Professoren formulieren das sogenannte Heidelberger Manifest, das vor der "Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien" und vor der "Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums" warnt. Die Veröffentlichung dieses Manifests erfolgt Ende 1981 fast zeitgleich in drei äußerst rechten Zeitschriften. Die Vertreter dieses Manifests fordern unter anderem die Sammlung von Interessierten in einem "Schutzbund für das deutsche Volk". Zwar scheitert diese Sammlung schon drei Jahre später, zeigt aber doch, dass Bewegung im rechten politisch-kulturellen Raum, also nicht auf Parteien-Ebene, besteht.

Als 1989 der deutsche Einheitsprozess beginnt, droht das rechte Lager eines seiner wichtigsten Themen zu verlieren: Die Wunde der Teilung Deutschlands. Doch mit der 1983 gegründeten Partei "Die Republikaner", deren Führung ab 1985 Franz Schönhuber, ein bekannter Medienmann, übernimmt, scheint rechts von der Union anstatt bislang erfolgloser Kleinstparteien (NPD und DVU) und Organisationen endlich eine schlagkräftige Partei zu entstehen. 1989 gelangt sie mit sieben Prozent der Wählerstimmen in das Europäische Parlament und mit etwa derselben Stärke in das Berliner Abgeordnetenhaus. Auch bei dieser Partei steht die Warnung vor Überfremdung des deutschen Volkes und vor einer multikulturellen Gesellschaft ganz vorne an. Schönhuber versucht Anfang der 90er Jahre mit rechtsgerichteten Studenten eine Jugendpartei der Republikaner zu gründen; sie spielen aber auf Dauer nicht mit, weil ihnen Schönhuber zu autoritär kommt (vgl. Gessenharter 1994, S. 154 f.). Bereits 1986 wird indes in Freiburg von rechten Gymnasiasten eine Zeitschrift gegründet, "Junge Freiheit". Sie übernimmt ganz bewusst die Tradition der Weimarer Konservativen Revolution, insbesondere die polarisierende Weltsicht von Carl Schmitt. Besonders intensiv wendet sie sich (bis heute) gegen eine von ihr so empfundene Meinungsdictatur eines linken "Gutmenschentums" sowie gegen die gefährlichen Illusionen, die seit der Französischen Revolution von 1789 und später wieder 1968 einen linken Mainstream speisten und sich in der Trias "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" widerspiegelten. Erscheint die Zeitung zuerst als zweimonatige Schüler- und Studentenzeitung, die hauptsächlich über Burschenschaften an Schulen und Universitäten verteilt wird, geht sie seit 1991 monatlich auf den Markt. Seit 1994 erscheint sie wöchentlich. Sie gilt heute für viele Beobachter der rechten Szene als Sprachrohr der Neuen Rechten. Ihr gelingt es im Laufe der Zeit, Persönlichkeiten - weit über den Kreis rechter Intellektueller hinaus - aus fast allen politischen Lagern meist für ein jeweils großes ganzseitiges Interview zu gewinnen, u.a. Egon Bahr (SPD), den bekannten Politikwissenschaftler Alfred Grosser, Altbundespräsident Roman Herzog, aber auch den (damaligen) NPD-Vorsitzenden Udo Voigt. Der langjährige CSU-Bundestagsabgeordnete (1987 bis 2013) Norbert Geis schreibt regelmäßig Kommentare für diese Zeitung. Diese Ausweitung über einen engen neurechten Kreis hinaus in die bürgerliche Mitte ist bis heute ziemlich ungebrochen.

Das erste Drittel der neunziger Jahre ist geprägt durch die Diskussion um die neuen Asylgesetze. Hier zeigen sich die großen Parteien und mit ihnen weite Teile der Öffentlichkeit als getrieben durch rechte Parolen und Sinndeutungen. "Das Boot ist voll" gilt fast schon gemeinhin als korrekte Beschreibung der Wirklichkeit. Eine hastige Gesetzgebung im

Deutschen Bundestag ist die Folge, die manche juristischen Fehler mit sich führt, die das Bundesverfassungsgericht erst viele Jahre später korrigieren wird, zum Beispiel im Asylbewerberleistungsgesetz. Der neue Art.16a GG mit seiner "Sichere Drittstaaten Regelung" wird weithin als Lösung des Asylproblems gefeiert. Doch verschiebt er das Problem, wie wir spätestens seit der jüngsten Flüchtlingskrise wissen, nur auf ärmere und schwächere Länder am Mittelmeer. Damals wurde aber auch sofort von linksliberaler Seite kritisch darauf verwiesen, dass in der Praxis das Asylrecht seinen Grundrechtscharakter verliere. Wäre nicht von einem Richter am Bundesverfassungsgericht, Jürgen Kühling, in einem Spiegel-Interview dagegen harte Kritik erfolgt, wäre damals auch noch ein weiteres zentrales Grundrecht massiv beschädigt worden, nämlich die Rechtswegegarantie nach Art.19, Abs.4 GG, die man für Flüchtlinge weitgehend außer Kraft setzen wollte.

Ein aufmerksamer Beobachter dessen, was sich im konservativen Lager in diesen Jahren abspielt, erhebt im Jahr 1994 warnend seine Stimme: "Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder" lautet das Buch. Es wirbt dafür, so der Klappentext, "die drohende Demontage der Demokratie von rechts ernst zu nehmen und sich offensiv mit der Neuen Rechten auseinanderzusetzen". Autor ist Friedbert Pflüger (Pflüger 1994), der langjährige enge Mitarbeiter und Pressesprecher des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und seit 1990 (bis 2006) CDU-Bundestagsabgeordneter. Ich selbst komme in meinem kurz vorher erschienenen Buch zu ganz ähnlichen Ergebnissen, fasse allerdings mein Resümee vorsichtiger in eine Frage: "Kippt die Republik?" (Gessenharter 1994)

Im Jahr 1994 erweitert sich der Kreis der Neuen Rechten um zwei wortgewaltige und einflussreiche Journalisten aus dem Springer-Haus, die ihrerseits eine Reihe mehr oder weniger bekannte Persönlichkeiten zu einer Aktion zusammenbringen, die dann in einem viel beachteten Sammelband und etwas später in einem ebenso viel beachteten Aufruf unter der Überschrift "Wider das Vergessen" zum 8.Mai 1995 an die Öffentlichkeit geht. In dem Band "Die selbstbewusste Nation" (Schwilk/Schacht 1994) geht es - so der Klappentext - "um die Standortbestimmung der demokratischen Rechten, um die notwendige Kritik des Feminismus, um die Renaissance der Geopolitik und die Perspektiven einer neuen Sicherheitspolitik, um die nationale Identität und um die Kritik des freiheitsgefährdenden Liberalismus", also um eine Abrechnung mit den "alten Eliten, die das Konzept einer wehrhaften Demokratie verdrängt haben". Der Band erlebt drei Auflagen in zwei Jahren und wird in der Öffentlichkeit sowohl vom Inhalt als auch von den meisten Autoren her als die Herausforderung einer Neuen Rechten an die etablierten Eliten angesehen. In dem Aufruf "Wider das Vergessen" wird sehr deutlich gegen die Formulierung Richard von Weizsäckers Stellung bezogen, dass der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung sei, wie dieser sich zehn Jahre vorher als Bundespräsident in seiner berühmten Rede zum Ärger, ja zur Empörung der konservativen Meinungsführer geäußert hatte: Der 8. Mai sei kein Tag der Befreiung gewesen, weil mit ihm die Unterdrückung ganz Osteuropas und die Vertreibung vieler Deutscher aus ihrer Heimat durch die Sowjetunion begonnen habe. Dieser Aufruf - übrigens erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ v. 7.4.1995) - wurde von vielen hundert Personen aus fast allen politischen Lagern unterschrieben. Nur wenige, so der ehemalige SPD-Verteidigungsminister Hans Apel, zogen später ihre Unterschrift zurück, als sie merkten, dass sich auch Personen aus dem rechtsextremen Bereich dort fanden.

Man kann sich dem Urteil Salzborns (Salzborn 2014, S.64) durchaus anschließen, dass "die Hochzeit der 'Neuen Rechten' in Deutschland[...] zweifelsfrei die 1990er Jahre" sind. In den Folgejahren bis heute hat sich im Tätigkeitsfeld der Neuen Rechten nicht viel geändert. Nach wie vor gibt es das Bestreben, auf die konservativen Eliten in Politik und Gesellschaft, aber auch auf die Mitte der Gesellschaft allgemein Einfluss zu erlangen. Zu diesem Zweck dienen

vor allem intellektuelle Zirkel, zu denen das besonders umtriebige Institut für Staatspolitik gehört, das Mitte 2000 aus dem Umfeld der "Jungen Freiheit" gegründet wurde und mit der *Edition Antaios* und der Zeitschrift *Sezession* vielfältige Bewegung in die Szene bringt. Mit dem 1979 von Filbinger gegründeten Studienzentrum Weikersheim und der schon seit 1962 bestehenden Staats- und wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) existieren zwei weitere durchaus einflussreiche Institutionen, die, wie ihre Referentenlisten ausweisen, eine bunte Mischung aus politisch und kulturell bekannten Persönlichkeiten darstellen und sich vielfältig überschneiden. In dieser Trias fehlt es übrigens nicht an einer ganzen Reihe von Referenten, die sogar dem Rechtsextremismus zugeordnet werden können. Das Studienzentrum Weikersheim hat sich allerdings in den letzten Jahren immer mehr von solchen Personen distanziert.

Dies war noch nicht so, als 2003 der Hohmann-Skandal (vgl. Gessenharter 2004, S. 23 ff.) anstand: Der CDU-MdB Martin Hohmann war wegen einer Rede, die in vielen Presseorganen als antisemitisch eingestuft wurde, aus der Bundestagsfraktion und aus der CDU ausgestoßen worden. In der Öffentlichkeit weniger bemerkt wurde übrigens, dass er in dieser Rede auch den Gleichheitsartikel 3 des Grundgesetzes hart in Frage stellte, als er einforderte, dass die Deutschen in Deutschland eigentlich bevorzugt behandelt werden müssten. In der anschließenden öffentlichen Diskussion dieses Skandals erhielt Hohmann massiv Rückendeckung aus allen Kreisen der Neuen Rechten, von der "Jungen Freiheit" angefangen bis zum Studienzentrum Weikersheim. Die CDU-Partei- und Fraktionsvorsitzende Merkel musste sich auch in ihrer eigenen Partei heftig zur Wehr setzen. Doch sie revidierte den Ausschluss nicht.

Ging es hier um gemeinsam zelebrierte Empörung, die einen nachhaltigen Widerhall in der Öffentlichkeit erfuhr, so klappte im Falle Thilo Sarrazins 2010 die gemeinsame Unterstützung ebenfalls sehr gut. Der Riesenerfolg seines Buches "Deutschland schafft sich ab" mit fast zwei Millionen verkauften Exemplaren traf auf eine breite Öffentlichkeit, die für die hier angebotene Mischung aus Untergangsszenario, Aufdecken von vermeintlich von den politischen Eliten verschwiegenen Fakten und Entwicklungen sowie für Ausgrenzungsbemühungen gegenüber Zuwanderern und Muslimen zu erstaunlich großen Teilen offen, zumindest interessiert war. Nicht erstaunlich war, dass Sarrazin aus dem neurechten und rechtsextremen Bereich fast einhellig Applaus und Unterstützung erhielt (vgl. Weiß, Volker 2011, S. 7 ff.). Gelungen war also ein weiteres Mal, Einfluss auf die Köpfe bis weit in die Mitte der Gesellschaft zu erzielen.

### **3. AfD und Pegida: Ihr Verhältnis zur Neuen Rechten**

Nach diesem Überblick über einige wichtige Stationen in der Geschichte der Neuen Rechten in Deutschland sei noch ein weiterer Blick geworfen auf eine Entwicklung am rechten Rand, die in den letzten drei Jahren Furore macht. Mit der Gründung der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD) durch Euro- und Europakritiker um den Wirtschaftswissenschaftler Bernd Lucke im Februar 2013 entstand eine Partei, die schnell als "populistisch" bzw. "rechtspopulistisch" eingestuft wurde (Decker, Frank 2015). Damit wird die "Anti-Establishment-Orientierung", der Anspruch, für das "eigentliche" Volk und dessen schweigende Mehrheit zu stehen, sowie die Forderung nach mehr direkter Demokratie bezeichnet (a.a.O., S. 28). Zugleich aber umfasste die Partei von Anfang an starke wirtschaftsliberale und konservative bzw. nationalkonservative Positionen. Lucke merkte bald, dass letztere Kräfte sehr schnell an Einfluss gewannen. Sie drängten ihn und seine Anhänger dann auch, im Juli 2015, aus der Partei. In den Medien ist dies ziemlich einhellig als Sieg der Nationalkonservativen um Frauke Petry, Alexander Gauland und Beatrix von



Storch interpretiert worden. Kenner der Szene haben schon vor der Trennung auf die enge Verbindung der "Jungen Freiheit" zu Teilen der AfD aufmerksam gemacht (Kellershohn 2014). Es verstand sich von selbst, dass diese Zeitung den Ausstieg von Lucke begrüßte.

Besonders ambivalent war von Anfang an das Verhältnis der AfD zu den "Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes" (Pegida). Bei diesen handelt es sich bekanntlich um Teilnehmer an sog. Spaziergängen, die in Anlehnung an die Montagsdemonstrationen in der DDR kurz vor dem Mauerfall 1989 (mit dem Ruf "Wir sind das Volk") ab dem 20.10.2014 zuerst in Dresden und sodann in vielen anderen deutschen Städten zum Teil mehrere Zehntausende anzogen. Unter den Teilnehmern waren sowohl politikverdrossene und verunsicherte Mittelschicht-Bürger (weniger Bürgerinnen) als auch Menschen aus den verschiedensten rechten und rechtsextremen Szenen. Die verbale Distanzierung des bald führenden Pegida-Kopfes, Lutz Bachmann, von rechtsextremer Unterstützung war sowohl erwartbar als auch so wenig ernst gemeint bzw. insoweit erfolglos, dass die Behörden mit Pegida schon im Laufe der ersten dreizehn Monate (also bis November 2015) fast eintausend Straftaten in Verbindung brachten. Am 24.11.2015 titelte der Berliner "Tagesspiegel": "Von Körperverletzung bis Hitlergruß. Bei Pegida und Co. grassiert die Gewalt. Pegida und ihre Ableger sind nicht friedlich. Die Bundesregierung hat in einem Jahr 940 Straftaten bei der Gida-Bewegung registriert, davon 255 im Bereich 'Politisch motivierte Kriminalität rechts'". Hier wird also offenbar die Würde des Menschen nicht nur verbal verletzt - Kennzeichen von Neurechts -, sondern das gewalttätige Handeln weist klar auf die Merkmale von Extremismus hin.

Die AfD ihrerseits hat bislang ein durchaus ambivalentes Verhältnis zu Pegida und den damit verwandten Gidas (Legida in Leipzig, Dügida in Düsseldorf usw.) gezeigt. So hat Frauke Petry, Co-Vorsitzende der AfD, von Anfang an nicht rundweg eine Verbindung zu Pegida abgelehnt, im Dezember 2014 hatte Alexander Gauland (aus dem AfD-Vorstand) Pegida als "natürliche Verbündete" der AfD bezeichnet. Und erst jüngst hat ein Vertreter der rechten "Patriotischen Plattform" innerhalb der AfD, Hans-Thomas Tillschneider, MdL in Sachsen, auf einer Montags-Kundgebung von Pegida dieser öffentlich dafür gedankt, "dass Pegida den Boden für eine neue Islampolitik der AfD geebnet habe" (so Spiegel Online v. 10.5.2016).

Betrachtet man die Entwicklung der AfD etwas genauer seit ihrer Gründung, kann man feststellen, dass sie von ihrer ursprünglich euro- und europakritischen Grundhaltung immer stärker in eine durchaus typische neurechte Richtung eingeschwenkt ist. Wenngleich sie in ihrem neuen Parteiprogramm zu einer Reihe von Themen ihre Positionen entwickelt hat, sind doch die beiden Hauptfelder ihrer Argumentation und Agitation sehr eindeutig die Flüchtlings- und die Islamfrage. Und hier zeigt sie deutlich in der Sichtweise auf diese beiden Problemfelder, dass sie sich weitgehend auf der Linie befindet, die wir oben für die Neue Rechte im Gefolge etwa der Gedanken der Konservativen Revolution und Carl Schmitts herausgearbeitet haben. Flüchtlinge und der Islam sind seit der Trennung von der Lucke-Gruppe für die nunmehr führenden Köpfe der AfD ausschließlich existentielle Bedrohungen für das eigene Volk, sie sind Feinde - ganz im Sinne der Carl Schmittschen Freund-Feind-Bestimmung von Politik. Der Ausgangspunkt von Politik ist nicht die Würde des einzelnen Menschen und der Streit darum, wie ihr am besten zu dienen sei, sondern das Überleben des Kollektivs, des Volkes. Alles was die zum Überleben notwendige Homogenität dieses Volkes stört, muss, so Carl Schmitt, beseitigt oder vernichtet werden. So ist es durchaus stimmig, dass zwei Vorstände der Partei, Frauke Petry und Beatrix von Storch, den Einsatz von Waffen gegen Flüchtlinge, auch gegen Frauen, bei der Grenzsicherung in die Diskussion einführten. Auf scharfe öffentliche Kritik hin machte beispielsweise auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) deutlich, dass der Schusswaffengebrauch "gesetzlich nicht gedeckt" sei; "Waffen

dürfen nur zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr eingesetzt werden. Die illegale Einreise von Flüchtlingen zählt dazu nicht." (so SZ Online v. 31.1.16: <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-von-storch-dementiert-nicht-auf-kinder-aber-auf-frauen-darf-man-schiessen-1.2843566>) Verhältnismäßigkeit als wichtiges Abwägungsprinzip in einer am Menschenwürde-Artikel 1 des Grundgesetzes orientierten Entscheidung ist außerhalb des neurechten Blickwinkels, wie hier von AfD-Führungspersonen sehr eindeutig dokumentiert.

Ab- und Ausgrenzung von Anders- und Fremdartigen sind die zentralen neurechten Denkfiguren. Und so wundert es nicht, dass beim Stuttgarter Programmparteitag der AfD Anfang Mai 2016 ein Mitglied, das den Antrag stellte, mit dem Islam in Deutschland in den Dialog zu treten, von der übergroßen Mehrheit ausgebuht wurde (FAZ online v. 1.5.2016). Und offenbar war man sich dort zum mindesten im AfD-Vorstand sehr wohl bewusst, in welcher Nähe man sich gedanklich befand und befinden wollte. So äußerte der Co-Vorsitzende Jörg Meuthen doppelbödig, man wolle in der Tat ein anderes Deutschland; er selbst sei "zwar kein Revolutionär, aber eine 'konservative Reformation' strebe er durchaus an." (SZ v. 2.5.16) Diesen feinen Unterschied von Revolution und Reform sehen andere AfD-Mitglieder in führenden Positionen in Landesverbänden offenbar nicht. So kann in Sachsen-Anhalt etwa eine AfD-Demonstration, angestachelt durch ihren AfD-Spitzenkandidaten, skandieren: "Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!" (So FAZ vom 15. Januar 2016 über einen AfD-Marsch Ende Oktober 2015 in Magdeburg) Und wie unmittelbar AfD-Spitzen nicht nur in Sachsen mit den Wortführern der intellektuellen Neuen Rechten - etwa um das Institut für Staatspolitik herum - zusammenarbeiten, ist längst aktenkundig (vgl. z.B. Konrad Litschko/Andreas Speit: Die Anheizer. „Neue Rechte“ radikalisiert Pegida. In: taz v. 30.10.2015). Ergebnisse dieser Zusammenarbeit sind, wie dargestellt, längst in die Gedankenwelt der Partei eingedrungen.

Die AfD ist auf dem besten Wege, zum parlamentarischen Arm der Neuen Rechten in Deutschland zu werden. Sie wird dort zeigen können und müssen, inwieweit ihre einfachen Lösungsvorschläge, die auf harter Abgrenzung von allem Fremden und schneller Homogenisierung des einheimischen Volkes beruhen, in der Bevölkerung verfangen und in der politischen Realität Erfolge zeigen. Die dazu nötigen Erfolge in Richtung kulturelle Hegemonie, d.h. Veränderung der pluralen, konfliktären und letztlich doch konsensorientierten Sichtweisen in der Bevölkerung hin zu Freund-Feind-Denken, wird vom zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen eine solche Entwicklung abhängen. Gleichzeitig wird auch eine wichtige Rolle spielen, ob es den Regierungsparteien gelingt, in der Flüchtlings- und Asylfrage realistische und gangbare Lösungswege aufzuzeigen und im europaweiten Verbund auch durchzusetzen. Ob man jetzt schon (zwei Wochen nach dem Programmparteitag der AfD Anfang Mai 2016) beruhigend feststellen kann, dass man mit dieser Neuen Rechten "gelassener umgehen" sollte, weil sie "für die demokratische Stabilität der Bundesrepublik[...] keine ernsthafte Bedrohung darstellt", so der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker in der SZ (4.4.2016), scheint mir durchaus fraglich.

### **Verzeichnis der zitierten Literatur:**

Decker, Frank: AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/2015 v. 28.9.2015, S. 27-32  
 Gessenharter, Wolfgang (1994): Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. München: Knauer

- Gessenharter, Wolfgang (2004): Die Neue intellektuelle Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, In: Braun, Stephan/Hörsch, Daniel (Hrsg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17-25
- Gessenharter, Wolfgang (2010): Was ist Rechtsextremismus? Zentrale Aspekte eines vielschichtigen Problems. In: Spöhr, Holger/Kolls, Sarah (Hrsg.) (2010): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Frankfurt am Main: Lang. S. 27-43
- Gessenharter, Wolfgang/Fröchling (Hrsg.) (1998): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Opladen: Leske+Budrich
- Hesse, Konrad (1999): Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Neudruck der 20. Auflage. Heidelberg: Müller Verlag
- Institut für Staatspolitik (2003): Die "Neue Rechte". Sinn und Grenze eines Begriffs. Albersroda
- Kellershohn, Helmut: Die AfD, die jungkonservative Neue Rechte und die Demokratiekritik von Rechts. In: Kastrup, Wolfgang/Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Kapitalismus und / oder Demokratie? Beiträge zur Kritik „marktkonformer“ Demokratieverhältnisse. Münster, S. 127–140.
- Pflüger, Friedbert (1994): Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder. Düsseldorf: Econ Verlag
- Salzborn, Samuel (2014): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Baden-Baden: Nomos
- Schmitt, Carl (1923/1969): Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. Berlin: Duncker & Humblot
- Schmitt, Carl (1932/1963): Der Begriff des Politischen. Berlin: Duncker & Humblot
- Schwilke, Heimo/Schacht, Ulrich (Hrsg.) (1994): Die selbstbewusst Nation. Frankfurt am Main: Ullstein
- Weiß, Volker (2011): Deutschlands Neue Rechte. Paderborn: Ferdinand Schöningh
- Weißmann, Karlheinz (2016): GegenAufklärung. Kolumne. In: [Junge Freiheit](#) Nr. 14/16 v. 01. April 2016